

# **Dr. Schäfer GmbH**

## **Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Steuerberatungsgesellschaft**

---

Dr. Schäfer GmbH – WPG/StBG -, Hugo-Eckener-Str. 7, 63303 Dreieich

Hugo-Eckener-Str. 7  
63303 Dreieich

Mandanten- und Interessenten-  
Rundschreiben  
für Monat Juli 2006

Telefon: 06103/20566-0  
Telefax: 06103/20566-39

eMail: [info@dsg-wp-stb.de](mailto:info@dsg-wp-stb.de)  
Internet: [www.dsg-wp-stb.de](http://www.dsg-wp-stb.de)

---

Dreieich, den 22.06.2006

Sehr geehrte Damen und Herren,  
sehr geehrte Mandantinnen und Mandanten,

nachfolgend möchten wir Sie über die in den vergangenen Monaten eingetretenen und für die Zukunft geplanten Änderungen im Steuerrecht vertraut machen. Weitergehendere Informationen entnehmen Sie bitte unserer Homepage unter [www.dsg-wp-stb.de](http://www.dsg-wp-stb.de).

Lesen Sie Informationen zu folgenden Themen:

Termine Juli 2006

Keine Stromsteuervergünstigung für Augenoptiker

Vergütung von Mineralölsteuer wegen Zahlungsunfähigkeit des Warenempfängers

Zahlungsverzug: Höhe der Verzugszinsen

Zu erwartende Steueränderungen 2007

Bonuspunkte für Vielflieger

Kündigung ohne soziale Rechtfertigung bei einer Beschäftigung von nur vier Arbeitnehmern  
rechts

Verwirkung der Geltendmachung der Kündigungsschutzklage bei Verstreichenlassen von mehr  
als fünf Monaten

Personelle Beherrschung von Betriebskapitalgesellschaft trotz fehlender qualifizierter  
Stimmrechtsmehrheit

Art der Tätigkeit von Fotomodellen bei Werbefilmen

Begünstigte Entschädigung bei Aufhebung des Anstellungsvertrags

Beruflicher Anlass für einen Fremdsprachenlehrgang im Ausland

Bezug von "Freiaktien" anstatt einer Bardividende

Entscheidung über die Verrechenbarkeit von Verlusten aus privaten Veräußerungsgeschäften  
fällt im Jahr der Verrechnung

Feststellung eines vortragsfähigen Verlusts trotz Ablauf der Antragsfrist auf Veranlagung zur  
Einkommensteuer

Kapitalabfindung zur Abgeltung künftiger Unterhaltsansprüche als außergewöhnliche Belastung

Keine Steuerermäßigung für haushaltsnahe Dienstleistungen bei Erbringung gegenüber  
Wohnungseigentumsgemeinschaft

Keine Übertragung stiller Reserven auf Reinvestitionen in den Jahren 1999 - 2001  
Keine Vermietungseinkünfte bei unterhaltsbedingter unentgeltlicher Wohnungsüberlassung  
Kinder: Ansparrücklage stellt keinen Bezug dar  
Kindergeld: Nachträgliches Bekanntwerden des Unterschreitens des Grenzbetrags

Private Kfz-Nutzung: 1 %-Regelung und mehrere Einkunftsarten  
Private Kfz-Nutzung: Berücksichtigung der Entfernungspauschale  
Private Veräußerungsgeschäfte: Nutzung zu eigenen Wohnzwecken  
Sondervergütung bei einer Personengesellschaft bei mittelbarer Leistungserbringung  
Gesetzliche Regelungen zur sog. Mehrmütterorganschaft verfassungsgemäß  
Gewerbesteuerliches Organschaftsverhältnis endet bei Veräußerung mit steuerlichem Übertragungstichtag  
Investitionszulage für Modernisierungsaufwendungen an Wohnräumen zur vorübergehenden Unterbringung von Suchtkranken  
Investitionszulage: Baumaßnahmen am Gebäude eines Seniorenpflegeheims  
Investitionszulage: Gesamtzahl an Arbeitnehmern  
Instandsetzungsgeld für arbeitnehmereigene Musikinstrumente  
Unentgeltliche oder verbilligte Überlassung von Fahrausweisen  
Nebenkostenabrechnung bei gemischt-genutzten Mietwohngrundstücken  
Zustimmungspflicht des Mieters zur Mieterhöhung  
Fälligkeit von Sozialversicherungsbeiträgen  
Ferienjobs für Schüler sind sozialversicherungsfrei

Kein ermäßigter Umsatzsteuersatz für Milchersatzprodukte  
Keine Umsatzsteuer-Befreiung für Unterhaltungsgeräte  
Scheinanschrift eines Unternehmers und Vorsteuerabzug  
Umsätze aus dem Betrieb von Geldspielgeräten wieder umsatzsteuerpflichtig  
Umsatzsteuer: Einbringung von Sachanlagevermögen in mehrere GmbHs gegen Gewährung von Gesellschaftsrechten  
Vom Käufer zu zahlende Grunderwerbsteuer erhöht nicht die Umsatzsteuer  
Zeitpunkt des Widerrufs einer Zustimmung durch den Wohnungseigentümer  
Ernennung eines Testamentsvollstreckers  
Geschlossener Immobilienfonds: Schadensersatz wegen fehlerhafter Anlageberatung  
Miet- und Servicevertrag im Betreuten Wohnen

Mit freundlichen Grüßen

*Schäfer*

(Dr. Schäfer)

Wirtschaftsprüfer  
Steuerberater

## Termine Juli 2006

Bitte beachten Sie die folgenden Termine, zu denen die Steuern fällig werden:

Steuerart	Fälligkeit	Ende der Schonfrist bei Zahlung durch	
		Überweisung <sup>1</sup>	Scheck
<b>Lohnsteuer, Kirchensteuer, Solidaritätszuschlag<sup>2</sup></b>	10.7.2006	13.7.2006	10.7.2006
<b>Kapitalertragsteuer, Solidaritätszuschlag</b>	Seit dem 1.1.2005 ist die Kapitalertragsteuer sowie der darauf entfallende Solidaritätszuschlag zeitgleich mit einer nach dem 31.12.2004 erfolgten Gewinnausschüttung an den Anteilseigner an das zuständige Finanzamt abzuführen.		
<b>Umsatzsteuer<sup>3</sup></b>	10.7.2006	13.7.2006	10.7.2006

<sup>1</sup> Umsatzsteuervoranmeldungen und Lohnsteueranmeldungen müssen grundsätzlich bis zum 10. des dem Anmeldezeitraum folgenden Monats (auf elektronischem Weg) abgegeben werden. Fällt der 10. auf einen Samstag, Sonntag oder Feiertag, ist der nächste Werktag der Stichtag. Bei einer Säumnis der Zahlung bis zu drei Tagen werden keine Säumniszuschläge erhoben. Eine Überweisung muss so frühzeitig erfolgen, dass die Wertstellung auf dem Konto des Finanzamts am Tag der Fälligkeit erfolgt.

<sup>2</sup> Für den abgelaufenen Monat.

<sup>3</sup> Für den abgelaufenen Monat; bei Dauerfristverlängerung für den vorletzten Monat.

## Keine Stromsteuervergünstigung für Augenoptiker

Der BFH hat entschieden, dass Augenoptiker nicht zu den Unternehmen des Produzierenden Gewerbes gehören. Sie erhalten daher keine Stromsteuervergünstigung.

Ein Augenoptiker vertrieb augenoptische Erzeugnisse, insbesondere Korrektionsbrillen. Für die Korrektionsbrillen schleifte er vorgefertigte Gläser und passte diese in fertige Brillengestelle ein. Er meinte, für den verwendeten Strom nur den ermäßigten Steuersatz von 12,30 € pro Megawattstunde zahlen zu müssen, weil er zum Produzierenden Gewerbe gehöre.

Zum begünstigten Produzierenden Gewerbe gehören der Bergbau, das Verarbeitende Gewerbe, das Baugewerbe und die Elektrizitäts-, Gas-, Fernwärme- oder Wasserversorgungswirtschaft. Die Zugehörigkeit ergibt sich aus der Klassifikation der Wirtschaftszweige des Statistischen Bundesamts.

Die Herstellung augenoptischer Erzeugnisse gehört nach der Klassifikation zur Klasse D, Abteilung 33, dem Verarbeitenden Gewerbe. Augenoptiker gehören zur Klasse G, Abteilung 52, dem Handel.

Die Klasse D, Abteilung 33 erfasst sowohl die Herstellung wissenschaftlich-technischer Geräte als auch die Herstellung fotografischer und kinematografischer Geräte, industrieller Prozesssteuerungseinrichtungen und von Gebrauchsgütern (z. B. Uhren, Brillen).

Die Klasse G, Abteilung 52 umfasst u. a. den Wiederverkauf (Verkauf ohne Weiterverarbeitung) von Neu- und Gebrauchsgütern in Verkaufsräumen sowie die Reparatur und Installation von Gebrauchsgütern, unabhängig davon, ob sie in Verbindung mit Einzelhandel erfolgt oder nicht (ausgenommen Reparaturarbeiten, die bereits während des Produktionsprozesses anfallen).

Die Zuordnung erfolgt nach dem Schwerpunkt der Tätigkeit.

Das Berufsbild des Augenoptikers umfasst u. a. die Beratung des Kunden bei der Auswahl der Brillengestelle und Gläser, gegebenenfalls die Prüfung der Sehschärfe, die Erhebung biometrischer Daten (z. B. Messung des Pupillenabstands), die Anpassung der Brille an die individuelle Gesichtsform sowie die Erteilung von Hinweisen zum Gebrauch und zur Pflege von Sehhilfen; hinzu tritt der Verkauf optischer Geräte. Die Berufsausübung des Augenoptikers ist deshalb - trotz eines gewissen Anteils an verarbeitenden Tätigkeiten - insgesamt dem Handel zuzuordnen, so dass keine Stromsteuervergünstigung gewährt werden kann.

## Vergütung von Mineralölsteuer wegen Zahlungsunfähigkeit des Warenempfängers

Ein Mineralöllieferant kann keine Erstattung der Mineralölsteuer wegen Zahlungsunfähigkeit verlangen, wenn die Lieferungen gegen Lastschrift ausgeführt wurden, es wiederholt zu Rücklastschriften gekommen ist und die Lieferungen ohne Sicherung der Kaufpreisforderungen fortgesetzt werden. Die Besicherung durch Grundpfandrechte reicht nicht, wenn diese nicht werthaltig sind.

Verkäufer nachweislich versteuerten Mineralöls erhalten auf Antrag die im Verkaufspreis enthaltene Steuer erstattet oder vergütet, die beim Empfänger wegen Zahlungsunfähigkeit ausgefallen ist. Die Erstattung oder Vergütung setzt voraus, dass der Zahlungsausfall trotz vereinbarten Eigentumsvorbehalts, laufender Überwachung der Außenstände, rechtzeitiger Mahnung bei Zahlungsverzug unter Fristsetzung und gerichtlicher Verfolgung des Anspruchs nicht zu vermeiden war.

Zu diesen Anforderungen gehört, dass der Berechtigte fortlaufend auf einen pünktlichen Zahlungseingang achtet und bei Anzeichen für bestehende Zahlungsschwierigkeiten entsprechend reagiert. Dafür reicht es nicht, wenn die fälligen Zahlungsbeträge per Lastschrift jeweils am Fälligkeitstag eingezogen werden, aber Rücklastschriften erfolgen. Auch eine vom Wert des Grundstücks nicht gedeckte nachrangige Grundschuld reicht nicht.

Einen finanziellen Ausgleich seines Schadens durch die Allgemeinheit kann nur derjenige verlangen, der im Geschäftsverkehr die Grundsätze ordnungsgemäßer kaufmännischer Geschäftsführung beachtet und wie ein sorgfältiger Kaufmann handelt.

### **Zahlungsverzug: Höhe der Verzugszinsen**

Der Gläubiger kann nach dem Eintritt der Fälligkeit seines Anspruchs den Schuldner durch eine Mahnung in Verzug setzen. Der Mahnung gleichgestellt sind die Klageerhebung sowie der Mahnbescheid.

Einer Mahnung bedarf es nicht, wenn

- für die Leistung eine Zeit nach dem Kalender bestimmt ist,
- die Leistung an ein vorausgehendes Ereignis anknüpft,
- der Schuldner die Leistung verweigert,
- besondere Gründe den sofortigen Eintritt des Verzugs rechtfertigen.

Bei Entgeltforderungen tritt Verzug spätestens 30 Tage nach Fälligkeit und Zugang einer Rechnung ein; dies gilt gegenüber einem Schuldner, der Verbraucher ist, allerdings nur, wenn hierauf in der Rechnung besonders hingewiesen wurde.

Im Streitfall muss allerdings der Gläubiger den Zugang der Rechnung (nötigenfalls auch den darauf enthaltenen Verbraucherhinweis) bzw. den Zugang der Mahnung beweisen.

Während des Verzugs ist eine Geldschuld zu verzinsen. Der Verzugszinssatz beträgt für das Jahr fünf Prozentpunkte bzw. für Rechtsgeschäfte, an denen Verbraucher nicht beteiligt sind, acht Prozentpunkte über dem Basiszinssatz.

Der Basiszinssatz verändert sich zum 1. Januar und 1. Juli eines jeden Jahres um die Prozentpunkte, um welche die Bezugsgröße seit der letzten Veränderung des Basiszinssatzes gestiegen oder gefallen ist. Bezugsgröße ist der Zinssatz für die jüngste Hauptrefinanzierungsoperation der Europäischen Zentralbank vor dem ersten Kalendertag des betreffenden Halbjahres.

Aktuelle Basis- bzw. Verzugszinssätze ab 1.1.2004:

<b>Zeitraum</b>	<b>Basiszinssatz</b>	<b>Verzugszinssatz</b>	<b>Verzugszinssatz für Rechtsgeschäfte ohne Verbraucherbeteiligung</b>
1.1. bis 30.6.2004	1,14 %	6,14 %	9,14 %
1.7. bis 31.12.2004	1,13 %	6,13 %	9,13 %
1.1. bis 30.6.2005	1,21 %	6,21 %	9,21 %
1.7. bis 31.12.2005	1,17 %	6,17 %	9,17 %
1.1. bis 30.6.2006	1,37 %	6,37 %	9,37 %

### **Zu erwartende Steueränderungen 2007**

Der Gesetzgeber hat den Entwurf eines Steueränderungsgesetzes beschlossen, das am 1. Januar 2007 in Kraft treten soll. Folgende Maßnahmen sind vorgesehen:

- Aufwendungen für ein häusliches Arbeitszimmer sollen nur noch dann als Betriebsausgaben oder Werbungskosten abzugsfähig sein, wenn das Arbeitszimmer den Mittelpunkt der gesamten betrieblichen oder beruflichen Tätigkeit bildet.
- Aufwendungen für Fahrten zwischen Wohnung und Arbeitsstätte sollen nicht mehr als Betriebsausgaben oder Werbungskosten abgezogen werden können. Bei Fernpendlern soll aber eine Entfernungspauschale in Höhe von 0,30 € ab dem 21. km wie Werbungskosten oder Betriebsausgaben berücksichtigt werden.
- Der Sparerfreibetrag soll von bisher 1.370 € auf 750 € für Alleinstehende und von 2.740 € auf 1.500 € für zusammenveranlagte Ehegatten abgesenkt werden.
- Kindergeld und kindbedingte Freibeträge sollen nur noch bis vor Vollendung des 25. Lebensjahrs des Kinds (für Kinder des Geburtsjahrgangs 1982: bis vor Vollendung des 26. Lebensjahrs) gewährt werden. Bisher gilt dies für Kinder, die das 27. Lebensjahr noch nicht vollendet haben.
- Ledige, die im Kalenderjahr ein zu versteuerndes Einkommen von mehr als 250.000 € erzielen, sollen ab 2007 einen Zuschlag von drei Prozentpunkten auf den Spitzensteuersatz zahlen. Für zusammenveranlagte Ehegatten verdoppelt sich die Grenze beim zu versteuernden Einkommen auf 500.000 €. Gewinneinkünfte werden von der zusätzlichen Belastung ausgenommen. Die verfassungsrechtlich zweifelhafte Ungleichbehandlung von privaten Einkünften und Gewinneinkünften soll durch die für 2008 geplante Unternehmenssteuerreform beseitigt werden.
- Die Bergmannsprämien sollen stufenweise abgeschafft, die beschränkte Steuerpflicht auf die verbrauchende Überlassung von Rechten und die Besteuerung der inländischen Einkünfte des nur beschränkt steuerpflichtigen Bordpersonals von Flugzeugen soll ausgedehnt werden.

Das Gesetzgebungsverfahren soll noch vor der Sommerpause abgeschlossen werden.

### **Bonuspunkte für Vielflieger**

Sondervorteile, die Fluggesellschaften für Vielflieger gewähren (z. B. Miles-and-More-Programm) stehen dem die Dienstreisekosten tragenden Arbeitgeber, nicht aber dem „fliegenden“ Arbeitnehmer zu. Dies hat das Bundesarbeitsgericht entschieden. Dabei ging es um einen Arbeitnehmer, der als Verkaufsleiter Ausland beschäftigt war und auf Grund dieser Tätigkeit eine Vielzahl von dienstlichen Flugreisen unternahm. Die Kosten dieser Reisen trug der Arbeitgeber. Die Bonuspunkte aus dem Vielfliegerprogramm einer Fluggesellschaft wurden dem persönlichen Meilen-Konto des Arbeitnehmers gutgeschrieben. In dem Rechtsstreit ging es um die Frage, ob der Arbeitnehmer diese Bonuspunkte zu privaten Zwecken nutzen durfte.

Das Bundesarbeitsgericht entschied gegen den Arbeitnehmer und verwies darauf, dass Beauftragte verpflichtet sind, ihren Auftraggebern alles herauszugeben, was sie aus der zu Grunde liegenden Geschäftsbesorgung erlangen. Hierzu gehören im vorliegenden Fall auch die Bonuspunkte.

Etwas anderes kann gelten, wenn sich der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer darüber geeinigt haben, dass die Bonuspunkte dem Arbeitnehmer für private Zwecke zur Verfügung stehen sollen.

### **Kündigung ohne soziale Rechtfertigung bei einer Beschäftigung von nur vier Arbeitnehmern rechtens**

Beschäftigt ein Arbeitgeber lediglich vier Arbeitnehmer, so findet das Kündigungsschutzgesetz keine Anwendung. Dementsprechend braucht eine ordentliche Kündigung nicht auf ihre soziale Rechtfertigung überprüft zu werden.

Diese Rechtslage hat das Landesarbeitsgericht Rheinland-Pfalz bestätigt. Es gelten dann die allgemeinen Kündigungsvorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuchs.

### **Verwirkung der Geltendmachung der Kündigungsschutzklage bei Verstreichenlassen von mehr als fünf Monaten**

Ein Arbeitnehmer, der sich nicht rechtzeitig gegen eine Kündigung wehrt, kann sich nicht mehr mit Erfolg auf die Unwirksamkeit dieser Kündigung berufen, selbst wenn sie tatsächlich unwirksam war. Dies geht aus einer Entscheidung des Landesarbeitsgerichts Schleswig-Holstein hervor. In der Entscheidung ging es um eine Arbeitnehmerin, die sich erst fünf Monate nach einer mündlichen und deshalb unwirksamen Kündigung mit einer Kündigungsschutzklage gegen diese Kündigung wandte. Drei Monate vor Einlegung der Kündigungsschutzklage hatte sich im Rahmen von Verhandlungen herausgestellt, dass die Hoffnungen der Arbeitnehmerin auf eine einvernehmliche Lösung über die Fortsetzung des Arbeitsverhältnisses unbegründet waren.

Das Gericht ging davon aus, die Klägerin habe ihr Recht, die Unwirksamkeit der Kündigung geltend zu machen, verwirkt.

Die Verwirkung eines Rechts tritt ein, wenn der Berechtigte seinen Anspruch über einen längeren Zeitraum nicht geltend macht (Zeitmoment) und wenn Umstände vorliegen, auf Grund derer der Gegner nicht mehr mit einer Geltendmachung der Ansprüche rechnen musste (Umstandsmoment). Das Zeitmoment sei vorliegend unzweifelhaft gegeben. Die Klägerin hat ihre Klage erst mehr als fünf Monate nach der mündlichen Kündigung erhoben. Auch das Umstandsmoment sah das Gericht als gegeben an. Es sah dieses in der Verhandlung, die drei Monate vor Einlegung der Klage stattgefunden hatte. In dieser Verhandlung seien die Hoffnungen auf eine Fortsetzung des Arbeitsverhältnisses endgültig zunichte gemacht worden. Aus diesem Grund wäre es Sache der Arbeitnehmerin gewesen, innerhalb einer angemessenen Frist nach diesem Termin die Klage zu erheben. Mehr als drei Monate später musste der Arbeitgeber nicht mehr damit rechnen.

### **Personelle Beherrschung von Betriebskapitalgesellschaft trotz fehlender qualifizierter Stimmrechtsmehrheit**

Voraussetzung für eine Betriebsaufspaltung ist u. a. eine personelle und sachliche Verflechtung. Von einer personellen Verflechtung wird dann ausgegangen, wenn ein Gesellschafter sowohl auf der Besitz- als auch auf der Betriebsebene in der Lage ist, seinen Willen durchzusetzen. Voraussetzung ist nicht immer zwingend Stimmrechtsmehrheit, wie der nachfolgend geschilderte Fall zeigt.

Der Alleineigentümer eines an eine Betriebs-GmbH verpachteten Grundstücks war an dieser mit 70 % beteiligt. Nach den Vereinbarungen im Gesellschaftsvertrag der GmbH konnten Beschlüsse mit einer Mehrheit von drei Viertel gefasst werden. Alleiniger Geschäftsführer der GmbH war der Grundstückseigentümer. Dieser erklärte aus der Vermietung des Ladengeschäfts an die GmbH Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung. Das Finanzamt ging dagegen von einer Betriebsaufspaltung aus.

Der Bundesfinanzhof hat dies bestätigt. Auf Grund der geschilderten Verhältnisse war der Mehrheitsgesellschafter zwar nicht in der Lage, mit seinen Stimmen Mehrheitsbeschlüsse zu erwirken, seine Stellung als Geschäftsführer machte es jedoch möglich, seinen Willen durchzusetzen. Diese Geschäftsführungsbefugnis konnte ihm gegen seinen Willen nicht entzogen werden.

### **Art der Tätigkeit von Fotomodellen bei Werbefilmen**

Arbeitnehmer sind Personen, die im öffentlichen oder privaten Dienst angestellt oder beschäftigt sind und die aus diesem Dienstverhältnis Arbeitslohn beziehen. Für die Beurteilung, ob eine Person Arbeitnehmer ist, ist das Gesamtbild des Beschäftigungsverhältnisses maßgebend. Ein Arbeitnehmer erzielt Einkünfte aus nichtselbstständiger Tätigkeit. Bei dieser Einkunftsart wird die Steuer grundsätzlich durch Abzug vom Arbeitslohn erhoben. Schuldner der Lohnsteuer ist der Arbeitnehmer. Der Arbeitgeber ist jedoch zur Einbehaltung der Steuer und zur Abführung der einbehaltenen Lohnsteuer verpflichtet. Erfüllt der Arbeitgeber seine Verpflichtungen nicht, kann er als Haftungsschuldner in Anspruch genommen werden.

Das Finanzgericht München hatte darüber zu entscheiden, welcher Einkunftsart die Tätigkeit eines Fotomodells bei Werbefilmen zuzuordnen ist. Das Gericht kam zu folgendem Ergebnis: Fotomodelle, die einmalig für ein bis drei Tage für Werbefilmaufnahmen engagiert sind, erzielen Einkünfte aus einer selbstständigen Tätigkeit. Die Produktionsfirma ist nicht zur Einbehaltung und Abführung von Lohnsteuer verpflichtet und kann auch nicht in Haftung genommen werden.

Die abschließende Entscheidung trifft demnächst der Bundesfinanzhof.

### **Begünstigte Entschädigung bei Aufhebung des Anstellungsvertrags**

Die steuerliche Beurteilung von Zahlungen, die im Rahmen der Auflösung eines Arbeitsverhältnisses geleistet werden, hängt im Wesentlichen von den vertraglichen Vereinbarungen ab. Dies macht der Fall eines Chefredakteurs deutlich, über den der Bundesfinanzhof zu entscheiden hatte.

Der Arbeitgeber kündigte dem Redakteur im Juli 1992 zum 28. Februar 1994. Im Rahmen einer Klage vor dem Arbeitsgericht wurde ein Aufhebungsvertrag geschlossen, nach dem das Arbeitsverhältnis bereits zum 31. August 1992 endete. Gleichzeitig sprach das Gericht dem Chefredakteur eine Abfindung in Höhe von 565 TDM zu. Für diese Abfindung wurde Steuerermäßigung beantragt.

Das Finanzamt stellte sich auf den Standpunkt, dass der überwiegende Teil der Abfindung Arbeitslohn für den Zeitraum September 1992 bis Februar 1994 (ursprünglicher Kündigungstermin) darstellte und versagte insoweit die Steuerermäßigung.

Dem hat der Bundesfinanzhof widersprochen. Nach Ansicht des Gerichts lagen alle Voraussetzungen für eine ermäßigte Besteuerung vor. Wenn eine Einmalzahlung anlässlich der Beendigung eines Arbeitsverhältnisses vereinbart oder zugesprochen wird, ist diese im Ganzen ermäßigt zu besteuern. Die Aufrechnung mit anderen Ansprüchen des Arbeitnehmers, die möglicherweise bei Nichtbeendigung des Arbeitsverhältnisses bestanden hätten, ist nur dann möglich, wenn es hierzu entsprechende gesonderte vertragliche Vereinbarungen gibt.

Mit Wirkung vom 1.1.2006 sind Freibeträge für Abfindungen entfallen. Freibeträge gibt es nur noch für Abfindungen, auf die vor dem 1.1.2006 ein Anspruch bestand oder bei denen ein Verfahren vor Gericht anhängig ist. Die Zahlung muss vor dem 1.1.2008 erfolgen.

### **Beruflicher Anlass für einen Fremdsprachenlehrgang im Ausland**

Eine Team-Assistentin, zu deren Aufgaben auch Telefonate und Schriftverkehr in spanischer Sprache gehörten, nahm an einem in Andalusien durchgeführten Spanisch-Sprachkurs teil. Der Unterricht umfasste fünf Stunden pro Tag. Sie wohnte bei einer Gastfamilie. Das Finanzamt berücksichtigte nur die Kursgebühren als Werbungskosten unter Abzug des Arbeitgeberzuschusses. Die Aufwendungen für die Gastfamilie und die Flugkosten blieben unberücksichtigt. Das Finanzgericht teilte die Auffassung des Finanzamts.

Der Bundesfinanzhof hob die Entscheidung des Finanzgerichts auf und stellte folgende Grundsätze auf:

- Der Abzug der entstandenen Aufwendungen darf nicht allein deshalb versagt werden, weil der Sprachkurs im Ausland stattfindet. Eine Sprache kann in dem Land, in dem sie gesprochen wird, im Allgemeinen effizienter erlernt werden.
- Bei einem auswärtigen Sprachkurs ist im Rahmen einer Gesamtwürdigung zu bestimmen, ob neben den reinen Kursgebühren auch andere mit der Reise verbundene Aufwendungen als Werbungskosten abzugsfähig sind.
- Es muss ein konkreter Zusammenhang mit der Berufstätigkeit bestehen und diese fördern. Private Reiseinteressen dürfen nur von untergeordneter Bedeutung sein, so dass die Reise ausschließlich oder nahezu ausschließlich der beruflichen Sphäre zuzuordnen ist.

### **Bezug von „Freiaktien“ anstatt einer Bardividende**

Ersetzen Freiaktien auf der Grundlage eines vereinbarten Wahlrechts die Bardividende, ist der Gegenwert als Einnahmen aus Kapitalvermögen anzusetzen. Diese Entscheidung des Bundesfinanzhofs betraf den Aktionär einer ausländischen Kapitalgesellschaft.

Entsprechend eines vereinbarten Wahlrechts bezog der Aktionär an Stelle einer Bardividende in einer Größenordnung von mehr als einer Million DM so genannte Freiaktien. Das Finanzamt behandelte diese in Höhe des Werts der Bardividende als Einkünfte aus Kapitalvermögen. Dagegen wandte sich der Anteilseigner unter Hinweis auf das Kapitalerhöhungssteuergesetz. Er machte geltend, dass es sich hier um die Erhöhung des Nennkapitals aus Gesellschaftsmitteln handelte. Nach den entsprechenden Vorschriften führt dies nicht zu Einkünften bei den Anteilseignern. Das Gericht wies dagegen darauf hin, dass eine solche Umwandlung an bestimmte formelle Voraussetzungen geknüpft ist, dazu gehört u. a. auch die Eintragung ins Handelsregister. Auch bei einer

ausländischen Kapitalgesellschaft muss ein entsprechender Nachweis geführt werden, wobei die Feststellungslast beim Anteilseigner liegt. Ein solcher Nachweis konnte nicht erbracht werden, so dass die Besteuerung nach Ansicht des Gerichts zu Recht erfolgte.

### **Entscheidung über die Verrechenbarkeit von Verlusten aus privaten Veräußerungsgeschäften fällt im Jahr der Verrechnung**

Über die Verrechenbarkeit von Verlusten aus privaten Veräußerungsgeschäften ist nach einem Urteil des Bundesfinanzhofs im Jahr der Verrechnung zu entscheiden. Dies kann durch einen möglichen Verlustrücktrag das Jahr vor der Entstehung des Verlusts, das Verlustentstehungsjahr oder durch Verlustvortrag ein nachfolgendes Veranlagungsjahr sein. Die Verrechenbarkeit beschränkt sich auf die Verrechnung mit Gewinnen aus privaten Veräußerungsgeschäften. Eine Verrechnung mit positiven Einkünften aus anderen Einkunftsarten ist ausgeschlossen.

Für die negativen Einkünfte aus privaten Veräußerungsgeschäften ist anders als bei den übrigen Einkunftsarten ein gesondertes Feststellungsverfahren zur Feststellung verrechenbarer Verluste gesetzlich nicht vorgesehen.

### **Feststellung eines vortragsfähigen Verlusts trotz Ablauf der Antragsfrist auf Veranlagung zur Einkommensteuer**

Die erstmalige Feststellung eines verbleibenden Verlustabzugs ist bis zum Ablauf der Feststellungsfrist möglich. Dies gilt nach einer Entscheidung des Bundesfinanzhofs auch, wenn die zweijährige Frist zur Einkommensteuerveranlagung für Bezieher von Lohneinkünften abgelaufen ist.

Die Feststellung des verbleibenden Verlustabzugs ist nach dieser Entscheidung nicht davon abhängig, dass für das Verlustentstehungsjahr noch ein Einkommensteuerbescheid erlassen werden kann. Es ist gerade der Zweck der gesonderten Feststellung, Rechtsstreitigkeiten über die Höhe des für die Zukunft verbleibenden Verlustabzugs zu begrenzen. Es soll eine für den Steuerpflichtigen und die Verwaltung bindende Entscheidung über den zukünftig verbleibenden Verlustabzug zeitnah getroffen werden.

### **Kapitalabfindung zur Abgeltung künftiger Unterhaltsansprüche als außergewöhnliche Belastung**

Einen komplizierten Fall hatte das Finanzgericht Köln zu entscheiden. Im Hinblick auf die bevorstehende Ehescheidung schlossen Eheleute einen notariellen Vertrag. In dem Vertrag wurde u. a. die sofortige Gütertrennung, Regelungen zum Zugewinnausgleich, ein Erbverzicht und das Einverständnis in die Scheidungsklage vereinbart. Weiterhin verpflichtete sich der Mann für den Fall der rechtskräftigen Scheidung, einen Betrag von ca. 1.450.000 DM zu zahlen. Darin war auch eine hohe Einmalzahlung enthalten, die künftige Unterhaltsansprüche abgelten sollte. Nach Erfüllung seiner Verpflichtungen machte der Mann in seiner Steuererklärung den gezahlten Betrag in vollem Umfang als außergewöhnliche Belastung (mit Berücksichtigung der zumutbaren Belastung) geltend. Finanzamt und Finanzgericht folgten diesem Antrag nicht.

Aus den Entscheidungsgründen des Finanzgerichts lassen sich folgende Grundsätze erkennen:

- Unterhaltszahlungen sind grundsätzlich nur als außergewöhnliche Belastung „in besonderen Fällen“ zu berücksichtigen. Diese spezielle Vorschrift lässt unter bestimmten Voraussetzungen den Abzug von Unterhaltsaufwendungen in begrenztem Umfang (derzeit höchstens 7.680 €) zu. Ein Ansatz von Unterhaltsaufwendungen in wesentlich höherem Umfang als „übliche“ außergewöhnliche Belastung mit Berücksichtigung der zumutbaren Belastung ist nicht möglich.
- Kapitalabfindungen für zukünftigen Unterhalt können „typische“ Unterhaltsleistungen sein.
- Die Rechtsprechung des Bundesfinanzhofs, nach der Einmalzahlungen für zurückliegende Jahre als „übliche“ außergewöhnliche Belastung anerkannt werden können, ist auf Abgeltungszahlungen für zukünftige Jahre nicht anwendbar.

Als Trost blieb dem Mann, dass er einen Betrag von 27.000 DM (der derzeitige Höchstbetrag beträgt 13.805 Euro) als Sonderausgaben abziehen konnte. Unterhaltszahlungen an den geschiedenen oder getrennt lebenden Ehegatten sind nämlich wahlweise als Sonderausgaben oder als außergewöhnliche Belastung „in besonderen Fällen“ abzugsfähig. Entscheiden sich Geber und Empfänger für den Sonderausgabenabzug, hat der Empfänger die erhaltene Unterhaltsleistung allerdings zu versteuern. Es erfolgt das sog. Realsplitting. Bei einem Abzug als außergewöhnliche Belastung erfolgt keine Besteuerung beim Empfänger.

Es bleibt abzuwarten, ob der Bundesfinanzhof die Auffassung des Finanzgerichts Köln bestätigt.

### **Keine Steuerermäßigung für haushaltsnahe Dienstleistungen bei Erbringung gegenüber Wohnungseigentumsgemeinschaft**

Der Eigentümer einer selbst genutzten Eigentumswohnung beantragte die Steuerermäßigung für seine anteiligen Aufwendungen für Gartenpflege, Hausmeister, Hausreinigung und Winterdienst. Die Steuerermäßigung wurde ihm mit dem Hinweis versagt, dass die Steuerermäßigung bei Eigentümergemeinschaften nicht gewährt wird, wenn der Hausverwalter den Auftrag für die Dienstleistung erteilt.

Das Finanzgericht Köln bestätigte die Auffassung. Nach dem Willen des Gesetzgebers stehe die Steuerermäßigung im Zusammenhang mit anderen Reformmaßnahmen am Arbeitsmarkt. Sie stellt eine Förderung von Dienstleistungen in privaten Haushalten dar, um einen Anreiz für Beschäftigungsverhältnisse zu schaffen und die Schwarzarbeit in diesem Bereich zu bekämpfen. Deshalb sollen nur solche Leistungen begünstigt werden, die der Betroffene selbst in Auftrag gegeben hat und die ihm gegenüber persönlich erbracht werden.

Der Arbeitsmarkt soll dadurch gefördert werden, dass der Steuerbürger Dritte mit Arbeiten beauftragt, die er bisher möglicherweise selbst erledigt hat. Bei Wohnungseigentümergeinschaften seien Dienstleistungen in der Regel schon bisher durch Fremdfirmen erbracht worden.

### **Keine Übertragung stiller Reserven auf Reinvestitionen in den Jahren 1999 - 2001**

Ein Kommanditist eines Fertigungs- und Handelsunternehmens vermietete ein Grundstück an das Unternehmen. Nach einem Umzug des Unternehmens verkaufte er das Grundstück und übertrug den Veräußerungserlös auf eine Schwesterkommanditgesellschaft, deren einziger Kommanditist er war. Diese Kommanditgesellschaft errichtete mit den Mitteln einen Anbau an ihrem Betriebsgebäude. Die stillen Reserven aus dem Grundstücksverkauf wurden nicht versteuert, obwohl das Steuerentlastungsgesetz 1999/2000/2002 die Übertragung stiller Reserven auf eine Schwesterpersonengesellschaft nicht mehr zuließ.

Der Bundesfinanzhof bestätigte, dass in den drei Veranlagungszeiträumen von 1999 bis 2001 aufgedeckte stille Reserven im Sonderbetriebsvermögen des Gesellschafters nicht steuerfrei auf eine Schwesterpersonengesellschaft übertragen werden konnten. Das galt auch dann, wenn der Kommanditist als einziger Gesellschafter am Vermögen der Schwesterpersonengesellschaft beteiligt war. Der Gesetzgeber war von einer gesellschafterbezogenen Betrachtungsweise zu einer gesellschaftsbezogenen Betrachtung gewechselt.

Seit dem Veranlagungszeitraum 2002 ist eine Übertragung des Veräußerungsgewinns aus dem Sonderbetriebsvermögen des Gesellschafters in das Gesamthandvermögen der Schwesterkommanditgesellschaft wieder möglich. Dabei ist jedoch eine Sperrfrist von drei bzw. sieben Jahren zu beachten.

### **Keine Vermietungseinkünfte bei unterhaltsbedingter unentgeltlicher Wohnungsüberlassung**

Die unentgeltliche Überlassung einer Wohnung als Gegenleistung für die Erfüllung einer Unterhaltsverpflichtung führt bei dem Überlassenden nicht zu Einkünften aus Vermietung und Verpachtung. Diese Entscheidung des Bundesfinanzhofs betraf folgenden Fall:

Ein Grundstückseigentümer überließ dem in Ausbildung befindlichen Sohn seiner Ehefrau mietfrei eine Wohnung. Er machte geltend, dass er durch die unentgeltliche Überlassung die Unterhaltspflichten seiner Ehefrau erfüllte und damit mittelbare Einnahmen erzielte. Die im Zusammenhang mit der Wohnung angefallenen Aufwendungen machte er als Werbungskosten bei den Einkünften aus Vermietung und Verpachtung geltend.

Der Bundesfinanzhof ging von einer unentgeltlichen Überlassung aus und verwies auf die Rechtsprechung hierzu. Danach stehen sich Unterhaltszahlungen und die Erfüllung von mietvertraglichen Vereinbarungen als zwei bürgerlich-rechtlich und wirtschaftlich unterschiedliche Vorgänge gegenüber, die auch steuerrechtlich voneinander zu trennen sind.

### **Kinder: Ansparrücklage stellt keinen Bezug dar**

Kinder, die das 18. Lebensjahr vollendet haben, werden bei den Eltern nicht berücksichtigt, soweit sie eigene Einkünfte und Bezüge, die zur Bestreitung ihres Unterhalts oder ihrer Berufsausbildung bestimmt oder geeignet sind, in Höhe von mehr als (derzeit) 7.680 € haben. Zu den Bezügen gehören u. a. auch Sonderabschreibungen sowie erhöhte Absetzungen, soweit sie die höchstmögliche „Normal-Abschreibung“ übersteigen.

Nach einem Urteil des Finanzgerichts Düsseldorf stellt eine korrekt gebildete Ansparrücklage für zukünftige Investitionen keinen Bezug dar. Im Urteilsfall war die Einkunftsgrenze des Kinds durch die Bildung einer Ansparrücklage in der Überschussrechnung des Kinds unterschritten worden. Das Finanzamt rechnete diesen Betrag den Einkünften und Bezügen wieder hinzu und forderte Kindergeld zurück. Das Finanzgericht entschied jedoch, dass eine als Betriebsausgabe abgezogene Ansparrücklage bei der Ermittlung der schädlichen Einkunftsgrenze keinen hinzuzurechnenden Bezug darstellt.

Der Bundesfinanzhof muss nun abschließend entscheiden.

### **Kindergeld: Nachträgliches Bekanntwerden des Unterschreitens des Grenzbetrags**

Für Kinder, die das 18., aber noch nicht das 27. Lebensjahr vollendet haben und die sich in Berufsausbildung befinden, werden Kinderfreibeträge gewährt oder Kindergeld gezahlt, wenn u. a. die Einkünfte und Bezüge des Kinds 7.680 € (Grenzbetrag) im Jahr nicht übersteigen. Zu den Einkünften zählen auch die Einkünfte aus nichtselbstständiger Arbeit, die nach einer Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts um die vom Kind getragenen Sozialversicherungsbeiträge zu kürzen sind.

Das Finanzgericht Münster hatte einen Fall zu entscheiden, bei dem die Familienkasse die Kindergeldfestsetzung mit Wirkung ab Januar 2002 aufgehoben hatte. Die Eltern beantragten Ende 2002 erneut Kindergeld und erhoben



Anfang 2004 Klage gegen den ablehnenden Bescheid mit der Begründung, der Grenzbetrag werde nach Abzug der Sozialversicherungsbeiträge nicht überschritten.

Das Gericht entschied, dass durch den Beschluss des Bundesverfassungsgerichts im Jahr 2005 „nachträglich bekannt geworden“ ist, dass die Sozialversicherungsbeiträge zu kürzen sind. Im Übrigen soll die Änderungsvorschrift im Einkommensteuergesetz sicherstellen, dass eine Kindergeldfestsetzung auch noch nach Ablauf des Kalenderjahrs berichtigt werden kann. Erst nach Ablauf des Kalenderjahrs steht die endgültige Höhe der Einkünfte und Bezüge des Kinds fest.

Hinweis: Eltern sollten bei Nichtgewährung von Kindergeld nach Ablauf eines Kalenderjahrs grundsätzlich prüfen, ob der Grenzbetrag überschritten worden ist und ggf. einen erneuten Antrag auf Gewährung von Kindergeld stellen.

### ***Private Kfz-Nutzung: 1 %-Regelung und mehrere Einkunftsarten***

Wird ein Kraftfahrzeug, das sich im Betriebsvermögen befindet, auch zu privaten Zwecken genutzt, liegt eine Nutzungsentnahme vor. Für die Berechnung der Nutzungsentnahme (des Privatanteils) kann entweder auf eine pauschale Regelung (1 %-Regelung) oder auf den Nachweis der tatsächlichen betrieblichen/privaten Nutzung zurückgegriffen werden.

Das Niedersächsische Finanzgericht hat klargestellt, dass durch die 1 %-Regelung der gesamte Privatanteil abgegolten ist. Wird bei einem betrieblichen Fahrzeug die 1 %-Regelung angewendet, ist kein weiterer Privatanteil zu erfassen, wenn das Fahrzeug noch für weitere Einkunftsarten verwendet wird.

Der Bundesfinanzhof muss sich noch mit diesem Fall befassen.

Hinweis: Die 1 %-Regelung ist ab 2006 nur noch auf Fahrzeuge des notwendigen Betriebsvermögens (betriebliche Nutzung mehr als 50 %) anzuwenden. In allen anderen Fällen ist der Privatanteil mit den anteiligen Kosten für die Privatnutzung anzusetzen. Der betriebliche Nutzungsanteil ist nachzuweisen bzw. glaubhaft zu machen. Die Führung eines Fahrtenbuchs ist nach der Gesetzesbegründung nicht zwingend erforderlich. Ein Schreiben des Bundesministeriums der Finanzen zu den praktischen Auswirkungen der Neuregelung ist in Vorbereitung.

### ***Private Kfz-Nutzung: Berücksichtigung der Entfernungspauschale***

Nutzt ein Unternehmer ein betriebliches Kfz auch zu privaten Zwecken, ist bei Nichtführung eines Fahrtenbuchs grundsätzlich die so genannte 1 %-Regelung anzuwenden. Dies kann insbesondere bei günstig erworbenen Gebrauchtfahrzeugen dazu führen, dass die tatsächlichen Gesamtkosten niedriger sind als der berechnete Nutzungsanteil. In diesen Fällen wird der private Nutzungsanteil auf die Höhe der Gesamtkosten begrenzt.

Fallen Fahrten zwischen Wohnung und Betrieb an, kann die Summe der nicht abziehbaren Aufwendungen, die auf diese Fahrten entfallen, und des Privatnutzungsanteils nach der 1 %-Regelung dazu führen, dass die auch Unternehmern zustehende Entfernungspauschale nur in geringem Umfang oder gar nicht abzugsfähig ist.

Das Bayerische Staatsministerium der Finanzen teilt dazu mit, dass bei Vorliegen dieses Sachverhalts bei der Ermittlung des Wertansatzes für die private Nutzung in allen noch offenen Fällen von den um eine Entfernungspauschale gekürzten tatsächlichen Gesamtkosten des Fahrzeugs auszugehen ist.

Beispiel:

Der Wert nach der 1 %-Regelung beträgt 6.000 €. Die tatsächlich entstandenen Kosten lt. Aufzeichnungen betragen 5.000 €. Die Entfernungspauschale ist mit 1.200 € ermittelt worden. Als Privater Nutzungsanteil sind 3.800 € (5.000 € abzgl. 1.200 €) anzusetzen.

### ***Private Veräußerungsgeschäfte: Nutzung zu eigenen Wohnzwecken***

Ehegatten erwarben eine Eigentumswohnung, um ihr selbst genutztes Haus zu verkaufen. Sie verbrachten diverse neue Einrichtungsgegenstände in die Wohnung und hielten sich gelegentlich zur Vorbereitung des Umzugs auch nachts in der Wohnung auf. Als die Ehefrau schwer erkrankte, gaben sie die Umzugspläne auf und verkauften die Eigentumswohnung wieder. Das Finanzamt behandelte den Veräußerungsgewinn aus dem Verkauf der Wohnung als steuerpflichtiges privates Veräußerungsgeschäft.

Der Bundesfinanzhof entschied, dass kein steuerpflichtiger Veräußerungsgewinn entstanden war, weil die Eigentumswohnung von der Anschaffung bis zur Veräußerung ausschließlich zu eigenen Wohnzwecken genutzt wurde.

Der Einzug in eine Wohnung ist kein fester Zeitpunkt, sondern ein dynamischer Prozess. Es ist nicht der Zeitpunkt, an dem der Hausstand endgültig verlagert wird. Das Beziehen einer Wohnung kann schon früher einsetzen, mit der Folge, dass der Eigentümer für eine Übergangszeit über zwei Wohnsitze verfügt. Dabei handelt es sich nicht um eine Zweitwohnung, da der Eigentümer lediglich die neu erworbene Wohnung auf Dauer zu eigenen Wohnzwecken nutzen will.

### ***Sondervergütung bei einer Personengesellschaft bei mittelbarer Leistungserbringung***

Auch eine mittelbare Tätigkeit des Gesellschafters einer Personengesellschaft kann dazu führen, dass die in diesem Zusammenhang gezahlten Vergütungen als Vorabgewinn zu berücksichtigen sind. Dies zeigt ein zu dieser Problematik ergangenes Urteil des Bundesfinanzhofs.

Eine Personengesellschaft war alleinige Gesellschafterin einer GmbH. Diese GmbH hatte auf Grund vertraglicher Vereinbarungen die Geschäftsführung der Personengesellschaft zu erbringen. Geschäftsführer waren die Gesellschafter der Personengesellschaft. Die Geschäftsführungs-GmbH erhielt von der Personengesellschaft die Kosten ersetzt, die sie für die Geschäftsführung aufzuwenden hatte. Die gezahlten Vergütungen minderten als Betriebsausgaben den steuerlichen Gewinn der Personengesellschaft. Das Finanzamt war der Ansicht, dass es sich bei dieser Tätigkeitsvergütung um Vorabgewinn handelte und erhöhte entsprechend den Gewinn der Personengesellschaft. Der Bundesfinanzhof hat dies bestätigt. Nach Ansicht des Gerichts ist auch eine mittelbare Leistungserbringung als Vorabvergütung zu behandeln, wenn und soweit sie ausschließlich für Geschäftsführungszwecke aufgewendet wird.

### **Gesetzliche Regelungen zur sog. Mehrmütterorganschaft verfassungsgemäß**

Zwei Aktiengesellschaften hielten jeweils 50 % der Anteile am Stammkapital einer GmbH. Um der GmbH gegenüber eine einheitliche Leitungsmacht ausüben zu können, gründeten beide AG's zum 1. Januar 2001 eine Gesellschaft bürgerlichen Rechts (GbR). Ebenfalls mit Wirkung zum 1. Januar 2001 schlossen dann die GbR und die GmbH einen Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag. Danach war die GmbH verpflichtet, die während der Vertragslaufzeit entstehenden jährlichen Gewinne an die GbR abzuführen. Andererseits verpflichtete sich die GbR, Verluste der GmbH auszugleichen.

In den Geschäftsjahren 1991 bis 1995 erwirtschaftete die GmbH Verluste. Beide AG's verlangten die Berücksichtigung der auf sie entfallenden Verlustanteile. Die Verlustanteile seien nicht der von ihnen gegründeten GbR, sondern vielmehr ihnen unmittelbar zuzurechnen. Der Bundesfinanzhof bestätigte unter Änderung der Rechtsprechung diese Rechtsauffassung. Die Finanzverwaltung wandte das Urteil nicht an. Kurze Zeit danach wurden die bestehenden gesetzlichen Vorschriften so geändert, dass die ursprünglich von der Verwaltung vertretene Rechtsauffassung wieder Gültigkeit erlangte.

Nach einem Beschluss des Bundesfinanzhofs sind die neu geschaffenen Regelungen zur sog. Mehrmütterorganschaft verfassungsgemäß. Sie verstoßen nicht gegen das Rückwirkungsverbot. Die Rechtsfolgen der rückwirkenden Gesetzesregelung seien nicht ungünstiger als diejenigen, von denen alle betroffenen Unternehmen bis zum Bekanntwerden der Rechtsprechungsänderung bei ihren Dispositionen ausgehen mussten.

### **Gewerbesteuerliches Organschaftsverhältnis endet bei Veräußerung mit steuerlichem Übertragungstichtag**

Ein gewerbesteuerliches Organschaftsverhältnis endet bei einer Veräußerung des die Stimmenmehrheit ausmachenden Anteilsbesitzes mit dem steuerlichen Übertragungstichtag. Das gilt nach einer Entscheidung des Bundesfinanzhofs auch für den Fall der Veräußerung der Beteiligung und anschließender rückwirkender Verschmelzung der Organgesellschaft auf den Erwerber.

Mit dieser Begründung wurde eine im September eines Jahres vorgenommene Veräußerung der Anteile an einer Organgesellschaft auf einen Erwerber anerkannt, der seinerseits die so erworbene Gesellschaft mit Wirkung zum 30. April desselben Jahres rückwirkend auf sich verschmolzen hatte. Die rückwirkende Verschmelzung erfolgte unter Beachtung der einschlägigen Vorschriften.

Bei der Organgesellschaft war aus diesem Grund, ebenfalls rückwirkend, ein bis zum 30. April dauerndes Rumpfwirtschaftsjahr entstanden. Dies bedurfte weder eines wirksamen gesellschaftsrechtlichen Beschlusses, noch der Eintragung in das Handelsregister und auch nicht der Zustimmung durch das Finanzamt. Der auf das Rumpfwirtschaftsjahr entfallende Gewerbeertrag war dem früheren Organträger zuzurechnen.

### **Investitionszulage für Modernisierungsaufwendungen an Wohnräumen zur vorübergehenden Unterbringung von Suchtkranken**

Nachträgliche Herstellungs- oder Erhaltungsarbeiten an Gebäuden in einem Fördergebiet, die der entgeltlichen Überlassung zu Wohnzwecken dienen, sind investitionszulagenbegünstigt. Voraussetzung ist, dass die Gebäude unter Beachtung weiterer Voraussetzungen nach Beendigung der Maßnahmen für einen Zeitraum von mindestens fünf Jahren der entgeltlichen Überlassung zu Wohnzwecken dienen. Räume, die Wohnzwecken dienen, müssen als Mindestausstattung eine Heizung, eine Küche, ein Bad und eine Toilette enthalten.

Nach einer Entscheidung des Bundesfinanzhofs dienen Räume dann Wohnzwecken, wenn in ihnen ein eigener Hausstand geführt werden kann. Dazu ist nicht erforderlich, dass einzeln vermietete Räume alle Merkmale einer Wohnung erfüllen. Es reicht aus, wenn die Bewohner durch die Mitbenutzung von Gemeinschaftsräumen, wie einer gemeinsamen Küche oder einem gemeinsam zu nutzenden Bad einen eigenen Haushalt führen können.

Die Räume müssen allerdings so beschaffen sein, dass sie geeignet und dazu bestimmt sind, Menschen auf Dauer Aufenthalt und Unterkunft zu ermöglichen. Diese Voraussetzungen liegen nur vor, wenn die Räume zur Deckung eines dauernden Wohnbedarfs bereitgehalten werden. Maßgebend ist also, ob eine kurzfristige oder eine auf Dauer angelegte Überlassung vorliegt. Nicht von Dauer ist eine Vermietung, die nicht länger als sechs Monate dauern soll.

Die vorstehenden Grundsätze führten zur Anerkennung einer Investitionszulage für Erhaltungsarbeiten in Räumen, die an einen Verein vermietet waren. Dessen Zweck war es, die Räume für längstens 12 Monate an obdachlose Suchtkranke zu vermieten. Den Bewohnern wurde jeweils ein Raum zur Verfügung gestellt. Die restlichen Räume (Flur, Küche, Bad) waren mit anderen Bewohnern der Wohnung zu teilen.

**Investitionszulage: Baumaßnahmen am Gebäude eines Seniorenpflegeheims**

Für Modernisierungsmaßnahmen an Gebäuden im Fördergebiet wurden bis 2004 unter bestimmten Voraussetzungen Zulagen gewährt. Bedingung war u. a., dass das Gebäude der entgeltlichen Überlassung zu Wohnzwecken diene. Die Definition des Begriffs „Überlassung zu Wohnzwecken“ war Gegenstand eines Verfahrens beim Bundesfinanzhof.

In dem sanierten Gebäude betrieb der Mieter ein Seniorenpflegeheim. Mit den pflegebedürftigen Senioren wurden Untermietverträge für möblierte Zimmer abgeschlossen, die auch mit eigenen Möbeln ausgestattet werden durften. Die Zimmer konnten zusätzlich mit Heiz- und Kochgeräten versehen werden, entsprechende Versorgungsleitungen waren vorhanden.

Das Finanzamt verweigerte die beantragte Investitionszulage mit der Begründung, dass keine Wohnungen im Sinne des Gesetzes überlassen wurden. Der Bundesfinanzhof ist allerdings der Ansicht, dass an Wohnräume in einem Seniorenpflegeheim nicht die gleichen Anforderungen gestellt werden können wie an eine Wohnung im herkömmlichen Sinne. Unter diesen Umständen wurde dem Gebäudeeigentümer eine Investitionszulage zuerkannt.

**Investitionszulage: Gesamtzahl an Arbeitnehmern**

Eine der Voraussetzungen für die Gewährung der erhöhten Investitionszulage ist, dass die Wirtschaftsgüter mindestens fünf Jahre in einem Betrieb bleiben, der nicht mehr als 250 Arbeitnehmer beschäftigt. Der Begriff des Betriebs ist nach einkommensteuerrechtlichen Grundsätzen auszulegen. Er umfasst damit alle Betriebsstätten innerhalb und außerhalb des Fördergebiets. Es kommt auf die Gesamtzahl der dort beschäftigten Arbeitnehmer an.

Da Personengesellschaften sowohl einkommen- als auch gewerbesteuerlich nur einen Betrieb haben, sind zur Ermittlung der Anzahl der dort beschäftigten Personen alle Arbeitnehmer in sämtlichen Betriebsstätten in die Berechnung einzubeziehen.

Zur Vermeidung der 250 Arbeitnehmer-Beschränkung können Personengesellschaften selbstständige Tochtergesellschaften gründen, da das Investitionszulagengesetz keine Konzernklausel enthält.

Ein Einzelunternehmer kann dagegen mehrere Betriebe unterhalten. Die Abgrenzung hängt lediglich davon ab, ob zwischen mehreren Betätigungen ein wirtschaftlicher, finanzieller und organisatorischer Zusammenhang besteht.

Die vorstehenden Grundsätze und Hinweise ergeben sich aus einer Entscheidung des Bundesfinanzhofs.

**Instandsetzungsgeld für arbeitnehmereigene Musikinstrumente**

Der Bundesfinanzhof hat entschieden, dass es sich um steuerfreien Auslagenersatz handelt, wenn ein Arbeitgeber auf Grund tarifvertraglicher Verpflichtung einem als Orchestermusiker beschäftigten Arbeitnehmer die Kosten für die Instandsetzung dessen Musikinstruments ersetzt.

Das Finanzamt hatte die erstatteten Kosten nicht als Auslagenersatz, sondern als steuerpflichtigen Arbeitslohn behandelt.

**Unentgeltliche oder verbilligte Überlassung von Fahrausweisen**

Die Steuerfreiheit der Fahrtkostenzuschüsse und Job-Tickets ist seit dem 1. Januar 2004 entfallen. Die Oberfinanzdirektion Hannover hat in einer Verfügung dazu Stellung genommen. Danach ist es für die Steuerpflicht dieser Vorteile unerheblich, ob der Mitarbeiter die öffentlichen Verkehrsmittel nutzt oder ob er mit dem Kraftfahrzeug zur Arbeit fährt. Für die Annahme eines geldwerten Vorteils reicht allein die Möglichkeit der Nutzung aus.

Die Vorteile können vom Arbeitgeber pauschal mit 15 % besteuert werden. Dabei darf der Vorteil nicht größer sein als die abzugsfähigen Aufwendungen im Rahmen der Werbungskosten des Arbeitnehmers.

Übersteigt der Vorteil aus den Fahrtkostenzuschüssen oder des Job-Tickets im Monat nicht den Betrag von 44 €, kann wegen der Freigrenze für Sachbezüge Steuerfreiheit bestehen.

Überlässt der Arbeitgeber als Verkehrsträger seinen Mitarbeitern Job-Tickets, so bleibt der Vorteil im Rahmen des so genannten Rabattdreibetrags bis zu 1.080 € im Kalenderjahr steuerfrei.

**Nebenkostenabrechnung bei gemischt-genutzten Mietwohngrundstücken**

Bei der Nebenkostenabrechnung für gemischt-genutzte Mietwohngrundstücke ist nicht zwingend zwischen Gewerbeflächen und Wohnzwecken dienenden Flächen zu unterscheiden.

In einem vom Bundesgerichtshof entschiedenen Fall hatte ein Mieter bei der Nebenkostenabrechnung bemängelt, dass die auf die Gewerbefläche entfallenden Kostenanteile nicht vorweg dieser Einheit zugerechnet worden waren. Das Gericht sah hierfür jedoch keine Notwendigkeit, da diese Kosten nicht zu einer ins Gewicht fallenden Mehrbelastung der Wohnraummieter führten. Durch einen möglichen Vorwegabzug bestimmter Kosten soll lediglich verhindert werden, dass die Wohnungsmieter mit Kosten belastet werden, die allein oder in höherem Maße durch die gewerbliche Nutzung entstehen. Denn auch bei einer ausschließlich zu Wohnzwecken dienenden Nutzung des Gebäudes muss der Mieter die Abrechnung nach einem einheitlichen, generalisierenden Maßstab (trotz gegebenenfalls unterschiedlicher Verursacheranteile der Mietparteien) grundsätzlich hinnehmen.

Den Antrag des Mieters auf Überlassung von Fotokopien der Abrechnungsbelege hat das Gericht ebenfalls abgelehnt. Es ist ausreichend, wenn der Vermieter die Einsichtnahme in seinen Räumen anbietet, zumal Fragen, die im Zusammenhang mit der Abrechnung auftreten, dann sogleich geklärt werden können.

### ***Zustimmungspflicht des Mieters zur Mieterhöhung***

Der Mieter ist verpflichtet, einem Mieterhöhungsverlangen des Vermieters zuzustimmen, wenn die Miete seit mehr als einem Jahr unverändert geblieben ist und der nunmehr verlangte Mietzins die ortsübliche Vergleichsmiete nicht übersteigt.

In dem vom Landgericht Düsseldorf entschiedenen Fall hatte der Vermieter bei seinem Mieterhöhungsverlangen auf drei andere vergleichbare Wohnungen verwiesen. Ferner hatte ein Gutachter im erstinstanzlichen Gerichtsverfahren die ortsübliche Vergleichsmiete ermittelt. Da der Mietzins ebenfalls seit einem Jahr unverändert geblieben war, bestanden keine Gründe, die gegen das Mieterhöhungsverlangen sprachen. Als unbeachtlich sah es das Gericht an, dass der Gutachter mangels eines Mietspiegels in der belegenen Stadt den Mietspiegel der Nachbarstadt vergleichsweise herangezogen hatte, da beide Städte über vergleichbare Rahmenbedingungen verfügten.

### ***Fälligkeit von Sozialversicherungsbeiträgen***

Am 1.1.2006 ist das so genannte Beitragsentlastungsgesetz in Kraft getreten. Danach sind die Fälligkeitsregelungen der Sozialversicherungsbeiträge einheitlich auf den drittletzten Bankarbeitstag des laufenden Monats vorgezogen worden.

Daraus ergeben sich für 2006 folgende Termine:

Fälligkeitstermine der Sozialversicherungsbeiträge 2006					
Juli	August	September	Oktober	November	Dezember
27.7.	29.8.	27.9.	26.10.	28.11.	27.12.

Zur Vermeidung von Säumniszuschlägen bietet sich die Zahlung im Lastschriftverfahren an.

Die Krankenkassen möchten die Beitragsnachweise monatlich bereits eine Woche vor dem jeweiligen Fälligkeitstermin elektronisch übermittelt haben. Wird die Lohnbuchführung nicht im eigenen Unternehmen, sondern durch extern Beauftragte erledigt, muss deshalb beachtet werden, dass die Lohn- und Gehaltsdaten etwa 10 Tage vor dem Fälligkeitstermin an den Beauftragten übermittelt werden. Dies gilt insbesondere dann, wenn der Fälligkeitstermin auf einen Montag oder auf einen Tag nach Feiertagen (insbesondere Weihnachten) fällt.

### ***Ferienjobs für Schüler sind sozialversicherungsfrei***

Während der Ferien können Schüler unbegrenzt Geld verdienen, ohne sozialversicherungspflichtig zu werden. Voraussetzung ist allerdings, dass die Beschäftigung im Voraus befristet ist. Dies gilt für einen Zeitraum von zwei Monaten oder 50 Arbeitstagen im Kalenderjahr. Pauschalbeiträge zur Kranken- und Rentenversicherung sowie Umlagen fallen bei diesen kurzfristigen Beschäftigungen ebenfalls nicht an, weil es sich nicht um so genannte Minijobs handelt.

Wird die Beschäftigung in einem Kalenderjahr über diesen Zeitraum hinaus fortgesetzt und ein Arbeitsentgelt von bis zu 400 € im Monat gezahlt, sind die Vorschriften für die so genannten Minijobs anzuwenden.

Hat ein Schüler das 16. Lebensjahr vollendet und übt er eine kurzfristige Beschäftigung aus, sind Beginn und Ende des Beschäftigungsverhältnisses der zuständigen Krankenkasse auf elektronischem Weg zu melden. Zuständig ist i. d. R. die Krankenkasse, bei der der Schüler familienversichert ist.

Beispiel: Schüler Max arbeitet erstmals in den Sommerferien vom 20.7. bis 8.9.2006 in einer Firma und erhält dafür ein Entgelt von 800 €. Es entsteht keine Sozialversicherungspflicht, weil er weniger als 50 Tage gearbeitet hat. Ab 1.10.2006 arbeitet er für monatlich 400 €. Ab diesem Tag hat der Arbeitgeber die pauschalen Beiträge sowie die Umlagen an die Bundesknappschaft zu entrichten.

### ***Kein ermäßigter Umsatzsteuersatz für Milchersatzprodukte***

Die Lieferung von Milchersatzprodukten pflanzlichen Ursprungs unterliegt dem vollen Umsatzsteuersatz. Dies hat der Bundesfinanzhof entschieden.

Bei den zu beurteilenden Milchersatzprodukten handelte es sich um aus Soja, Reis oder Hafer gewonnene Flüssigkeiten, die ebenso wie Milch tierischen Ursprungs zum direkten Verzehr als Getränk oder zur Zubereitung anderer Speisen oder Getränke verwendbar waren.

Nach Auffassung des Bundesfinanzhofs handelt es sich auch nicht um sog. Milchmischgetränke. Solche liegen nur vor, wenn die Getränke einen Anteil an Milch oder Milcherzeugnissen von mindestens 75 % des Fertigerzeugnisses enthalten.

### ***Keine Umsatzsteuer-Befreiung für Unterhaltungsgeräte***

Nach Auffassung des Niedersächsischen Finanzgerichts unterliegen die Umsätze aus dem Betrieb sog. Unterhaltungsgeräte dem Umsatzsteuerregelsatz. Bei Unterhaltungsgeräten handelt es sich nicht um Glücksspielgeräte, deren Umsätze bis zum 5.5.2006 steuerfrei waren. Bei Unterhaltungsgeräten kann der Spieler den Einsatz zurückgewinnen oder eine Weiterspielmöglichkeit erhalten, weitergehende Gewinnmöglichkeiten sind hingegen, anders als bei Glücksspielgeräten, ausgeschlossen.

Der Unternehmer hat gegen die Entscheidung Revision beim Bundesfinanzhof eingelegt. Es bleibt abzuwarten, ob das Urteil bestätigt wird. Seit dem 6.5.2006 muss auf jeden Fall wieder Umsatzsteuer gezahlt werden.

### ***Scheinanschrift eines Unternehmers und Vorsteuerabzug***

Voraussetzung für den Vorsteuerabzug ist u. a., dass der empfangende Unternehmer von dem leistenden Unternehmer eine Rechnung erhält, die den vollständigen Namen und die vollständige Anschrift des leistenden Unternehmers enthält. Hierzu hat das Finanzgericht Düsseldorf entschieden, dass die Angabe einer Scheinanschrift nicht zum Vorsteuerabzug berechtigt. Eine Scheinanschrift liegt vor, wenn es sich weder um den Wohnsitz des Unternehmers handelt, noch dort Geschäftsleitungs- und Arbeitgeberfunktionen, Behördenkontakte und Zahlungsverkehr stattfinden. In diesen Fällen sei eine eindeutige und leicht nachprüfbare Feststellung des Unternehmers nicht möglich.

Der Unternehmer hat gegen das Urteil Revision beim Bundesfinanzhof eingelegt. Es bleibt abzuwarten, ob den strengen Anforderungen des Finanzgerichts an die Ordnungsmäßigkeit einer Rechnung gefolgt wird.

### ***Umsätze aus dem Betrieb von Geldspielgeräten wieder umsatzsteuerpflichtig***

Der Bundesrat hat am 7.4.2006 dem „Gesetz zur Eindämmung missbräuchlicher Steuergestaltungen“ zugestimmt. Das Gesetz ist nach Bekanntgabe im Bundesgesetzblatt am 6.5.2006 in Kraft getreten.

Durch die Gesetzesänderung sind die bislang umsatzsteuerfreien Umsätze der zugelassenen öffentlichen Spielbanken aus Glücksspielen und Spielgeräten umsatzsteuerpflichtig geworden.

Die Finanzverwaltung weist darauf hin, dass seit diesem Tag auch die Umsätze von gewerblichen Glücksspielanbietern (aus Geldspielgeräten und Veranstaltung von Kartenspielen) wieder umsatzsteuerpflichtig sind. Von diesem Tag an kann wieder Vorsteuer, die mit diesen Umsätzen zusammenhängt, abgezogen werden.

Sind während des „umsatzsteuerfreien Zeitraums“ Geldspielgeräte angeschafft worden, kann ab dem 6.5.2006 eine Vorsteuerberichtigung vorgenommen werden.

### ***Umsatzsteuer: Einbringung von Sachanlagevermögen in mehrere GmbHs gegen Gewährung von Gesellschaftsrechten***

Eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung, deren Gesellschaftszweck die Beteiligung an anderen Unternehmen war, kaufte das Sachanlagevermögen eines Filialbetriebs. Dieses brachte sie im Wege der Sacheinlage gegen Gewährung von Gesellschaftsrechten in sechs neu gegründete Gesellschaften mit beschränkter Haftung ein. Das Finanzamt verweigerte den Vorsteuerabzug aus dem Erwerb des Sachanlagevermögens.

Der Bundesfinanzhof entschied, dass sich die Einbringung in sechs neu gegründete Gesellschaften nachhaltig im Rahmen eines steuerbaren Leistungsaustauschs vollzieht. Die einbringende Gesellschaft ist damit die umsatzsteuerliche Unternehmerin. Ihr steht somit der Vorsteuerabzug aus dem Kauf des Sachanlagevermögens zu.

### ***Vom Käufer zu zahlende Grunderwerbsteuer erhöht nicht die Umsatzsteuer***

Der Bundesfinanzhof hat unter Änderung seiner langjährigen Rechtsprechung entschieden, dass die vom Käufer bei einem Grundstückskauf übernommene Grunderwerbsteuer nicht die Bemessungsgrundlage für die vom Verkäufer zu zahlende Umsatzsteuer erhöht.

Grundstücksverkäufe sind zwar von der Umsatzsteuer befreit. Verzichtet der veräußernde Unternehmer aber auf die Befreiung und übernimmt der Käufer - wie allgemein üblich - die volle Grunderwerbsteuer, erhöhte diese bisher zur Hälfte die umsatzsteuerliche Bemessungsgrundlage. Nach der neuen Rechtsprechung fällt auf die Grunderwerbsteuer keine Umsatzsteuer mehr an.

### ***Zeitpunkt des Widerrufs einer Zustimmung durch den Wohnungseigentümer***

Ein Wohnungseigentümer, der einer Baumaßnahme eines Miteigentümers zugestimmt hat, kann diese Zustimmung widerrufen, solange der bauwillige Eigentümer noch keine Maßnahmen zur Verwirklichung des Projekts getroffen hat.

In dem vom Oberlandesgericht Düsseldorf entschiedenen Fall stritten zwei Wohnungseigentümer über die Wirksamkeit einer Zustimmung für die Errichtung eines Balkons. Im Ergebnis war es für das Gericht unerheblich, ob der Eigentümer der beabsichtigten Baumaßnahme wirksam zugestimmt hatte. Auch eine erteilte Einwilligung in das Projekt ist grundsätzlich frei widerrufbar. Der Widerruf ist allerdings nur bis zum Beginn der baulichen Veränderung möglich.

### ***Ernennung eines Testamentsvollstreckers***

In einem vom Oberlandesgericht Zweibrücken entschiedenen Fall hatte ein Erblasser die Testamentsvollstreckung selbst angeordnet, der durch Verfügung von Todes wegen eingesetzte Testamentsvollstrecker das Amt dann allerdings nicht angenommen. Das Gericht hatte deshalb zu prüfen, ob das Testament in seiner Gesamtheit den Willen des Erblassers erkennen ließ, die Testamentsvollstreckung auch nach dem Wegfall der vom Erblasser benannten Person fort dauern zu lassen.

Nach Auffassung des Gerichts sind bei dieser Konstellation an die Feststellung eines Ersuchens des Erblassers an das Nachlassgericht, einen Testamentsvollstrecker zu ernennen, keine strengen Anforderungen zu stellen. Festzustellen ist der (mutmaßliche) Erblasserwillen durch Würdigung des gesamten Inhalts der Erklärung einschließlich aller, auch außerhalb der Testamentsurkunde liegender Nebenumstände unter Berücksichtigung der allgemeinen Lebenserfahrung.

### ***Geschlossener Immobilienfonds: Schadensersatz wegen fehlerhafter Anlageberatung***

Der Anlageberater eines Kreditinstituts empfahl im Rahmen eines Beratungsgesprächs einem Kapitalanleger für dessen Altersvorsorge die Investition in einen geschlossenen Immobilienfonds. Seine Risikohinweise beschränkten sich auf die Darstellung, dass ein allgemeines, auf Grund der Lage des Fondsobjekts gering ausfallendes Vermietungsrisiko bestehe. Die Ausschüttungen des Fonds wurden als derart sicher dargestellt, dass die Investition zur Hälfte kreditfinanziert wurde, weil nach Angaben des Anlageberaters die Zins- und Tilgungsraten bequem von den Ausschüttungen zu zahlen seien.

Da die Ausschüttungen später weit hinter den Prognosen zurück blieben, nahm der Anleger das Kreditinstitut auf Schadensersatz in Anspruch.

Zu Recht, befand das Landgericht Aachen, weil der Mitarbeiter des Kreditinstituts die ihm obliegenden Informations- und Aufklärungspflichten nicht erfüllt hatte. Er hätte auf weitere Risiken in Zusammenhang mit der Beteiligung an geschlossenen Immobilienfonds, z. B. nicht garantierte Ausschüttungen und langfristige Kapitalbindung, hinweisen müssen.

### ***Miet- und Servicevertrag im Betreuten Wohnen***

Der Bundesgerichtshof hat entschieden, dass im Rahmen eines Betreuten Wohnens die Bindung des Servicevertrags an den Fortbestand des Mietvertrags grundsätzlich nicht sittenwidrig ist.

Nach Auffassung des Gerichts beeinträchtigt die mit der Koppelung von Miet- und Servicevertrag verbundene Einschränkung des Kündigungsrechts den Mieter nicht unangemessen. Die Koppelung diene sowohl dem Interesse des Diensteanbieters und Vermieters an einer verlässlichen Kalkulation seines Angebots als auch dem Interesse der betagten Mieter an einer zuverlässigen Versorgung.